

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 7/56. Jahrgang

Juli 2025

Schutzgebühr: 0,40 €

## Sozialer Wohnungsbau hat keine Chance

Günstiger Wohnraum ist in Gießen selten. Zwar gibt es einen offiziellen Mietspiegel – für 2025: 9,71 bis 14,76 Euro pro qm. Die realen Mietpreise liegen jedoch häufig deutlich über diesen Werten. Zu unterscheiden ist auch zwischen Sozialwohnungen und generell günstigem Wohnraum. 7,6 Mio. Vollzeitkräfte verdienten 2021 unter 3.000 Euro pro Monat brutto – das entspricht etwa 35,6 % aller Vollzeitbeschäftigten in Deutschland. Die Zahl der Sozialwohnungsberechtigten sagt also wenig über den wahren Bedarf an günstigem Wohnraum aus.

In Gießen hat die Zahl der Sozialwohnungen deutlich abgenommen. Die Zahl sank von 2.480 (2017; Quelle: mittelhessen.de) auf 1.720 (2025; Quelle: Wohnbau Gießen GmbH). Die Zahl wird weiter sinken.



"Traumwohnung"

1.000 Haushalte stehen aktuell auf der Warteliste.

179 Wohnungen plant oder baut die Wohnbau Gießen GmbH. Der Bedarf übersteigt diese Zahl aber bei weitem. Zwischen 2019 und 2023 wurden von den 400 geplanten öffentlich geförderten Wohnungen nur 44 fertiggestellt, weitere 86 sind für 2025 geplant. Den unterschiedlichen Stadtregierungen fehlt häufig

nicht nur der Wille, etwas an der Situation zu ändern, sondern auch eine Analyse der Gründe für das Scheitern der Wohnungsbaupläne. Zwischen den 1990er- und 2000er-Jahren wurden zugunsten privater Konzerne und Investoren große Teile der öffentlichen Wohnungsbestände privatisiert. Der Bund verkaufte über 100.000 Wohnungen. Bundesländer und Kommunen veräußerten ganze Wohnbaugesellschaften. Auch die Bahn- und Postwohnungen wurden verkauft. Gießen hat zwar keine Wohnungen verkauft, aber bei vielen läuft die Sozialbindung aus und der Neubau kommt nicht in Gang.

Die politisch Verantwortlichen könnten von anderen Kommunen lernen. Berlin kaufte große Bestände zurück. Dresden hat 1.200 Woh-

**Fortsetzung auf S. 2**

<b>Verfassungsschutz in Gießen</b>	S. 2
<b>Kurz und Gießen: Anträge der DKP im Parlament</b>	S. 3
<b>Deindustrialisierungswelle in Mittelhessen</b>	S. 4
<b>Kriegstüchtigkeit</b>	S. 5
<b>Israel: Söldnerarmee des westlichen Imperialismus</b>	S. 6
<b>Krise des Kapitalismus am Beispiel Türkei</b>	S. 7

## Rhön AG – Profit geht über alles

Die Rhön Kliniken AG, Betreiberin des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM), erwartet in diesem Jahr einen Gewinn von mindestens 110 Mio. Euro. Das scheint wohl nicht genug und so hat sie ihre Krankenhäuser angewiesen, mehr Geld einzunehmen und weniger auszugeben. Das soll u. a. durch Stellenbesetzungssperren und Senkung der Sachkosten erreicht werden. In einem „Zukunftsvertrag“ mit dem Land Hessen hatte sich die AG ver-

pflichtet, im UKGM auf Gewinnentnahme zu verzichten. Alles eingenommene Geld sollte ausschließlich für Investitionen verwendet werden. Im Gegenzug verpflichtete sich das Land Hessen, in den nächsten zehn Jahren mindestens 500 Mio. Euro Investitionszuschüsse zu überweisen. Außerdem hat die Rhön AG mit der Gewerkschaft ver.di einen Entlastungstarifvertrag abgeschlossen, der deutliche Verbesserungen für

**Fortsetzung auf S. 2**

**Für Frieden und Sozialismus!**

**DKP**

Fortsetzung von Seite 1: **Sozialer Wohnungsbau hat keine Chance**

nungen zurückgekauft und baut massiv neue Wohnungen. Das Vorzeigebispiel ist Wien. Dort wurden nie Wohnungen verkauft und viele neue Wohnungen gebaut. Aktuell verfügt Wien über einen Bestand von 220.000 Wohnungen mit stabil niedrigen Mieten. Auch Enteignungen von Grundstücken und Wohneigentum sind möglich. Die Beispiele zeigen, was mit politischem Willen alles machbar ist.

Henning Mächerle



Fortsetzung von Seite 1: **Rhön AG – Profit geht über alles**

das Personal vorsieht. Diese beiden Verträge schließen eigentlich Profitvorgaben des Rhön-Vorstandes für das UKGM aus. Kapitalisten halten sich aber an keine Regeln, die ihren Profit einschränken. Als ersten Schritt zur Gewinnerhöhung sollen jetzt studentische Hilfskräfte entlassen werden. Diese Arbeitskräfte haben einen Vertrag mit der Schwesternschaft des Roten Kreuzes. Bei Bedarf werden sie von den Unikliniken angefordert, um das Stammpersonal zu entlasten. Ihr Fehlen wäre eine deutliche Verschlechterung, sowohl für das Personal als auch für die Patienten. In Marburg hat die Gewerkschaft ver.di gemeinsam mit den betroffenen Studenten eine

Protestaktion gegen diese Pläne durchgeführt.

Mit dem Verkauf des UKGM hat sich das Land Hessen in eine fatale Abhängigkeit von dem profitorientierten Rhön-Konzern begeben. Es ist sowohl bei der Krankenversorgung als auch bei der Ausbildung von Ärzten und medizinischem Fachpersonal auf das Funktionieren der Kliniken angewiesen. Der Rhön-Vorstand hat dadurch ein erhebliches Erpressungspotenzial. Die Unikliniken gehören wieder in die Verantwortung des Staates, alles andere wird für das Land immer teurer, für Patienten und Personal immer schlechter.

Gernot Linhart

## Der Verfassungsschutz zu Besuch in Gießen

Der Ruf des Geheimdienstes hatte im Zusammenhang mit der Mordserie des NSU sehr gelitten. Der Verfassungsschutz versucht seitdem an seinem Image zu arbeiten. Deswegen trat Roland Johné vom Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) im Gießener Nordstadzentrum auf. Diesmal referierte er über seinen Lieblingsextremismus: den Extremismus von Links.

Neben dem thüringischen Landesamt (LfV) spielte vor allem das hessische Landesamt eine wichtige Rolle bei der Vertuschung der Beteiligung der Geheimdienste bei den NSU-Verbrechen. Die damalige hessische Landesregierung (CDU/Grüne) hat den Abschlussbericht zur NSU-Aktenprüfung des LfV als Verschlussache eingestuft. Ursprünglich waren es 120 Jahre, später wurde die Zeit der Geheimhaltung auf 30 Jahre reduziert (mit Verlängerungsmöglichkeit). Im Bundestags-Untersuchungsausschuss zum NSU betonten Parlamentarier aller Fraktionen (außer den CDU-Vertretern), dass es sich beim Verhalten

der Geheimdienste nicht um „Versehen“ handelte. Es ist kein Zufall, dass die CDU-Leute dies anders sehen. Der aktuelle Innenminister Dobrindt schiebt das AfD-Verbotsverfahren mit Absicht auf die lange Bank – gibt es doch zwischen AfD und CDU/CSU vor allem in der Wirtschafts- und der Innenpolitik große Gemeinsamkeiten.

Der aktuelle Bericht aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz kommt als „objektiv“ daher. So als ob die Geheimdienste irgendwie wissenschaftliche Institute wären und nicht politische Organisationen, welche die Macht der herrschenden Klasse sichern sollen. In der aktuellen Situation der Aufrüstung und der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten kommt den Geheimdiensten eine besondere Bedeutung zu. Öffentlich treten sie als die guten Onkels auf. Beraten Kommunen, soziale Einrichtungen, Vereine und Schulen im Kampf gegen den „Extremismus“. Das verbreitete Weltbild ist dabei einfach: der Kampf der Guten (wir – die „Demokraten“) gegen beliebig austauschbare Böse (Links-, Rechts-, religiöse Extremisten). Die Geheimdienste schaffen damit ihre „Zivilgesellschaft“. Wer bekommt Zuschüsse und Fördermittel, wer ist der böse Extremist? Vielleicht fallen bei den Aktionen auch der ein oder andere Spitzel an.



EM

# Kurz und Gießen

Kall,  
mei Drobbe!



Aus dem Stadtparlament

## Ausschuss für nichts? Gießen – Sportstadt? Kulturstadt? Demokratiestadt?

Wer die Tagesordnung der letzten Sitzung des „Ausschusses für Schule, Bildung, Demokratieförderung, Kultur und Sport“ liest, muss glauben, alles sei in unserer Stadt in Ordnung. Eine Publikumsbefragung der Stadtbibliothek, der Umgang mit menschlichen Skeletten im Museum und ein Schlammbeiser-Fußgängerampel-Antrag der CDU sind das Einzige, was die Gießener Stadtpolitik umtreibt.

Bei maroden Sportstätten und Schultoiletten nichts Neues, nichts über den Abbau finanzieller Unterstützung von Vereinen und Kultureinrichtungen, kein ... Die Liste der Kümernisse könnte die Dicke des Gießener Haushaltsplans erreichen.

Ein Ampelmännchen als Wahrzeichen des Parlamentarismus! Der Ausschuss macht seinem Namen alle Ehre – gegen Aufwandsentschädigung!

## Eigentum und Grundgesetz

Jeder, der in Gießen mit offenen Augen durch die Straßen geht, kann sehen, dass es immer wieder leerstehende Häuser gibt. Allein im Großen Steinweg sind zwei von 28 Häusern seit längerem unbewohnt. Der Magistrat bestreitet derweil jeden nennenswerten Leerstand. Der Antrag von Martina Lennartz (DKP) im Februar 2025 nach einer systematischen Leerstandserfassung und Revitalisierung von Leerständen in Gießen wurde mit beleidigenden Anschuldigungen (Denunziantentum, Schnüffelei, Sozialneid) abgelehnt. Die neu gewählte Vorsitzende der Eigentümergemeinschaft Haus und Grund Gießen, Christine Wagener, begrüßte diese Ablehnung – Eigentum sei schließlich durch das Grundgesetz geschützt. Der Schutz des Eigentums in Artikel 14, Satz 1 des Grundgesetzes wird allerdings durch Satz 2 eingeschränkt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Wohl keine andere Regelung des Grundgesetzes wird so wenig eingehalten wie diese Einschränkung. Ein besonders krasser Fall in unserer Nachbarschaft war der Verkauf des Licher Waldschwimmbades an die Stadt Lich durch die Adelsfamilie Solms. Der Schätzwert betrug etwa 300.000 Euro, der Solms-Clan, von einigen Lichern ehrfurchtsvoll „das fürstliche Haus“ genannt, verlangte 2 Mio. Euro. Die Besitzer kündigten den Pachtvertrag und setzten die Stadt unter Druck: Entweder das Geld oder es gibt in Lich kein Schwimmbad mehr. Was blieb der Stadt übrig – sie zahlte.

Der Satz im Grundgesetz wirkt bei den im Kapitalismus herrschenden Machtverhältnissen nur als moralischer Appell. Bei anderer Verteilung der Macht hätte er schon längst in einklagbares Recht umgesetzt werden können. Gernot Linhart

Aus dem Stadtparlament

## Die Stadt verschwendet 27.000 Euro pro Monat

Martina Lennartz (DKP) hat im Ausschuss für Soziales, Wohnen und Integration den Antrag gestellt, der Magistrat möge alle bisherigen und geplanten Maßnahmen zur Einrichtung der Kita im Seltersweg, einschließlich finanzieller Auswirkungen und zeitlicher Abläufe, detailliert offenlegen.

Die Stadt Gießen hatte einen Mietvertrag über zehn Jahre geschlossen und mit dem gemeinnützigen Verein *Lebenshilfe* als Träger einen Vertrag vereinbart. Der stieg wieder aus, weil er sich mit der Stadt nicht über den Betriebskostenzuschuss einigen konnte. Die *Lebenshilfe* müsste ein Minus von 50.000 Euro im Jahr hinnehmen.

Die Fragen, warum es keine transparente Diskussion gab, es keinen Plan B und warum es keine Pläne für eine Interimsnutzung für das Haus gebe, wurden nicht wirklich beantwortet. Gleichzeitig fragte Lennartz die Stadträtin, ob das zu erwartende Parkproblem der Eltern ihr Beitrag zum Thema „Verkehr raus aus der Innenstadt“ sei.

Aus dem Antrag wurde ein Berichts-antrag ohne Diskussion.

Ob die Stadträtin weitere öffentliche Diskussionen scheut? Die 27.000 im Monat werden seit Januar sinnlos verschwendet. Man hätte Spielplätze erneuern oder erstellen können, freien Eintritt für Kinder in Schwimmbäder ermöglichen, damit sie schwimmen lernen, und vieles mehr.

## KROKODILSTRÄNEN WEGEN KETTENSÄGEN



40.000 Quadratmeter Bäume sollen für Bieber + Marburg geopfert werden. Umweltdezernentin **Weigel-Greilich (Grüne)**: "Gerade uns Grünen fällt das nicht leicht." "Es ist ein sehr umstrittenes Projekt." (Gießener Allgemeine online, 4.6.2025)

# Deindustrialisierungswelle in Mittelhessen

Weiss-Technik in Lindenstruth oder Buderus Edelstahl und Conti in Wetzlar sind nur drei Beispiele. Die drohende Deindustrialisierungswelle hat Mittelhessen längst erreicht. Bundesweit wurden durch Massenentlassungen und Werkschließungen im Dezember 2024 im Jahresvergleich 105.000 Stellen abgebaut. Im Januar 2025 waren es bereits 121.000 und im Februar 125.000 Stellen. Zum Vergleich: Im Februar 2024 hatte die Zahl der Industriearbeitsplätze im Vergleich zum Vorjahr „nur“ um 32.000 abgenommen.

Ein Trend, der durch eine im Februar veröffentlichte Studie der Unternehmensberatung Ernst & Young (EY) bestätigt wird. Demnach wurden allein 2024 rund 70.000 Jobs in der Industrie abgebaut. Weitere 100.000 dürften im laufenden Jahr hinzukommen. Neben den Elektrotechnik- und Maschinenbau-Unternehmen ist

vor allem die Automobil-Industrie betroffen. Dort wird sich der Stellenabbau im laufenden Jahr auf rund 40.000 Stellen verdoppeln, so die Prognose der Studie. Neben Massenentlassungen und Standortschließungen bringt die Kapitalseite in jüngster Zeit vermehrt Produktionsverlagerungen ins Spiel. So hatte Mercedes-Benz im Februar angekündigt, die Kapazitäten in Deutschland auf insgesamt 900.000 Fahrzeuge zu reduzieren und dafür mehr Autos im ungarischen Werk in Kecskemét zu bauen. Dort seien die Kosten um rund 70% günstiger als in Deutschland, begründete Finanzchef Harald Wilhelm die Pläne des Autobauers. Dies ist nur die Spitze des Eisbergs. Laut einer Studie des Finanzinstitutes A&M im Auftrag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) plant jedes fünfte Industrieunternehmen für dieses Jahr weitere Verlagerungen. Im

Chemie- und Pharmasektor ist es sogar ein Viertel aller Betriebe. Dabei werden nicht nur Produktionskapazitäten ins Ausland verlagert: „Auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung werden künftig eher in andere Länder fließen, wo es eben auch qualifizierte Fachkräfte gibt, aber die Rahmenbedingungen deutlich besser ausfallen“, so die A&M-Analysten.

Die dahinterstehende Strategie der Kapitalseite ist klar: Zum einen soll so der Druck auf die Belegschaften und ihre Gewerkschaft erhöht werden, Zugeständnisse bei Löhnen und Arbeitszeit zu machen. Zum anderen wird das neue Personal im Berliner Regierungsviertel angehalten, bei dem von Friedrich Merz (CDU) angekündigten „Politikwechsel“ mehr Tempo vorzulegen. Hiergegen hilft nur entschlossener Widerstand.

Ulf Immelt

## Leserbrief zum Veteranentag



Demonstrant am 14. 6. beim Friedlichen Hessentag in Bad Vilbel

Den ersten bundesweiten Veteranentag am 15.6. hat das Land ziemlich unbemerkt überstanden. Es passiert ja auch gerade so viel.

Die Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) meinte, dass dieser Tag längst überfällig gewesen sei. Warum? Ein Grund, der mir einfällt, wäre die Tatsache, dass bisher Soldaten erst tot sein müssen, ehe man

ihrer am Volkstrauertag gedenkt.

Vermutlich aber soll den jungen Leuten gezeigt werden, wie lustig

das Soldatenleben ist. Denn viele sehen in einer Uniform nicht ihre Erfüllung. Dabei soll das Land doch ganz schnell kriegstüchtig werden. Denn der Russe kommt.

Über Putin kann man sagen, was man will. Aber er wartet mit seinem Angriff, bis wir bereit sind. Das ist wirklich sehr fair.

Noch eine Frage zum Heldengedenktag oder wie man das nennen will: War zu diesen Feierlichkeiten auch der VdK eingeladen? Denn der bildete nach dem

Zweiten Weltkrieg örtliche Selbsthilfegruppen, um die Interessen von Kriegsgeschädigten, Witwen und Waisen gegenüber Behörden zu vertreten. Darum nannte sich der VdK früher auch "Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands".

Die hätten eine Anerkennung verdient. Nicht ehemalige Soldaten.  
Wolfgang Seibt



# Mit Kriegstüchtigkeit Reibach machen

Kriegstüchtig sollen wir in Deutschland werden. Nazi-Größe Joseph Goebbels, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda von 1933 bis 1945, benutzte bereits diesen Begriff. Wenn die Kanonen donnern, explodieren die Aktien. So müssen wir es derzeit erleben. Russenhetze und Beschwörung der Kriegstüchtigkeit

lassen die Kassen der Rüstungskonzerne klingeln. Beispiel Rheinmetall (Firmensitz Düsseldorf), Hersteller von gepanzerten Fahrzeugen, Munition, Flugabwehr und Verteidigungselektronik. Die Aktie lag Ende 2021 bei 82 Euro. Am

08.05.2025, dem 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus in Deutschland, kostete sie 1.700 Euro. Der Vorsitzende der Geschäftsführung von Rheinmetall, Armin Papperger, rechnet für die nächsten fünf Jahre mit Aufträgen von bis zu 300 Mrd. Euro durch die riesigen geplanten Ausgaben von 1 Billion Euro in Deutschland und der EU im Rüstungsbereich. Rheinmetall produziert bereits Munition für Artillerie in der Ukraine, der Bau

des Schützenpanzers Lynx ist in der Ukraine in Vorbereitung und ein Werk zur Wartung und Reparatur für gepanzerte Gefechtsfahrzeuge ist bereits in Betrieb. Übrigens hält der US-Investor BlackRock 5,49% der Aktien von Rheinmetall. Der Gesamtwert des Konzerns betrug am 28.04.2025 über 6,1 Mrd. Euro.

kirchen, Hochtechnologie in Radar- und Aufklärungssystemen), hatte einen Aktienkurs am 01.09.22 von 22,30 Euro und am 08.05.25 von 73,90 Euro. Die Korken der Sektflaschen knallen im Rüstungsgeschäft und wir werden, damit dies anhält, weiterhin „kriegstüchtig“ gemacht.

Rheinmetall, Hensoldt, Renk (Firmensitz Augsburg, Antriebstechnik und Steuerungstechnik, Kettenfahrzeuggetriebe, Gleitlager und andere Getriebe) werden denn auch von Börsenanalysten gefeiert. Karl Marx schrieb im Buch „Kapital“ zum übermütigen Kapital, zu was es bei einem bestimmten



Bundeskanzler Merz (CDU) war von 2016 bis Ende März 2020 Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock Asset Management Deutschland. Die Party der Konzerne und Aktionäre geht fröhlich weiter. Ganz in der Tradition des genannten 1889 gegründeten Unternehmens Rheinmetall, dessen erstes bedeutendes Produkt 1898 ein felddiensttaugliches Rohrrücklaufgeschütz war.

Auch andere scheffeln Geld mit Rüstung. Hensoldt (Firmensitz Tauf-

Prozentsatz Profit bereit ist: „[...] für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“

Wir wollen keine Kriegstüchtigkeit, wir wollen Frieden mit Russland und China, und vor allem ein Ende der wahnsinnigen Rüstungspläne und Rüstungsausgaben von Deutschland und der EU.

Harald Römer

## Der Staat als Rechtsbrecher

„Legal, illegal, scheißegal“ – das war mal ein Spruch unangepasster Menschen, die mit nicht ganz legalem Verhalten die Mehrheit der Bevölkerung ärgerten. Inzwischen beschreibt er das Verhalten der Regierung bei der Abwehr von Flüchtlingen. Tausende Polizisten kontrollieren an den Grenzen, hunderttausende Pkw und Lkw stehen im Stau und verlieren wertvolle Zeit. Ein paar hundert abgewiesene Asylsuchende werden als „Erfolg“ dieser rechtswidrigen Aktion ausgegeben. Europäisches und deutsches Recht wird gebrochen, Gerichtsurteile werden missachtet. Begründet wird das mit einem angeblichen Notstand. Als vor einigen Jahren viel mehr Menschen ohne gültige Einreisepapiere nach Deutschland kamen, verlangten Politiker, vor allem von der

CSU, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit nach einer „Obergrenze“ von 200.000 Ankommenden pro Jahr. Inzwischen liegt die Zahl der Asylsuchenden meist sowieso darunter. Umgerechnet auf die Gesamtbevölkerung kommt pro Jahr etwa ein Neuankömmling auf 400 Einwohner. Wenn irgendeine Gemeinschaft von 400 Personen behaupten würde, sie wäre nicht in der Lage, einen Neue oder eine Neue pro Jahr aufzunehmen, würde ihr das niemand glauben. Parteien wie die AfD, deren Erfolg vor allem auf Fremdenfeindlichkeit beruht, können nicht durch praktizierte Fremdenfeindlichkeit geschwächt werden. Notwendig und möglich wäre es, ankommende Flüchtlinge möglichst gleichmäßig zu verteilen, anstatt sie für lange Zeit in Lagern

zu konzentrieren.

Abschiebungen treffen oft Menschen, die schon lange in Deutschland leben, hier arbeiten oder ausgebildet werden. Der Stopp von Familiennachzug trennt Familien und verhindert normales Leben und Integration. Fremdenfeindliche Deutsche ärgern sich über jedes Wort in fremder Sprache, das sie in der Öffentlichkeit hören, und über jedes Geschäft, das von Migranten geführt wird. An der Lebenswirklichkeit im Land mit etwa 20% Mitbürgern nichtdeutscher Abstammung wird sich durch alle Abwehrmaßnahmen der Regierung nichts ändern. Bekämpft werden muss die Fremdenfeindlichkeit und nicht die als fremd empfundenen Menschen.

Gernot Linhart

# 50 Jahre Sieg gegen den Imperialismus – der Vietnamkrieg und sein Erbe

Am 30. April 1975 betraten Soldaten der Nationalen Befreiungsfront die Kommandozentrale des südvietnamesischen Präsidentenpalastes in Saigon. Der Krieg war vorbei, die US-Truppen hatten sich zurückgezogen, die rote Fahne wehte über dem Sitz der einstigen Marionettenregierung. Ein Sieg, der die Grenzen des US-Imperialismus aufzeigte und zum Symbol des antikolonialen Widerstands wurde.

Der Krieg begann lange vor dem ersten Schuss der US-Marines. Schon die französische Kolonialherrschaft hatte Vietnam ausgebeutet und die 1954 in Genf versprochenen freien Wahlen zur Vereinigung des Landes wurden von den USA sabotiert. Washington unterstützte ein brutales Regime in Südvietnam und setzte auf eine Politik der verbrannten Erde. Im Rahmen des „Phönix-Programms“ führte die CIA ein blutiges Mord- und Folterregime,

um die politische Infrastruktur des sogenannten Vietcongs zu zerstören. Bis 1972 wurden dabei zehntausende Zivilisten gefoltert und getötet.

Mit Chemikalien wie Agent Orange, das hochgiftige Dioxine enthält, wurde der Dschungel entlaubt, um dem Gegner die Deckung zu nehmen. Die langfristigen Folgen dieser Kriegsverbrechen sind bis heute spürbar: Millionen Vietnamesen leiden unter den toxischen Rückständen – von Krebserkrankungen bis zu schweren Missbildungen bei Neugeborenen. Auch die Rolle westdeutscher Konzerne wie Bayer und BASF, die bei der Produktion dieser Giftstoffe Beihilfe leisteten, sollte nicht vergessen werden.

Doch der Widerstand wuchs – nicht nur in Vietnam, sondern auch in den USA. GIs verweigerten den Kriegsdienst, Studenten demonstrierten und Gewerkschaften soli-

darisierten sich. Der antikoloniale Geist erfasste die Welt. In Vietnam selbst formierte sich der bewaffnete Widerstand der Nationalen Befreiungsfront (NLF) und zeigte, dass ein imperialistischer Gigant in die Knie gezwungen werden kann. Die USA haben sich bis heute nicht offiziell für den Vietnamkrieg oder den Einsatz von chemischen Waffen wie Agent Orange entschuldigt. Eine 2004 eingereichte Sammelklage vietnamesischer Betroffener gegen US-Chemiekonzerne wurde 2009 vom Obersten Gerichtshof der USA endgültig abgewiesen.

Heute, 50 Jahre nach dem endgültigen Sieg, erinnert uns dieser Befreiungskampf daran, dass selbst die brutalste Kriegsmaschinerie gegen den entschlossenen Widerstand eines vereinten Volkes scheitern kann.

Arvid Koppi

## Israel: Söldnerarmee des westlichen Imperialismus

Mit einer bisher nicht gekannten Offenheit gestand Kanzler Merz, um was es bei dem Angriff auf den Iran geht: „Das ist die Drecksarbeit, die Israel für uns alle macht.“ Nicht die übliche Heuchelei, die bemüht wird, um die eigenen Kriege zu rechtfertigen: Völkerrecht, Recht auf Selbstverteidigung usw. Es gibt im Völkerrecht kein Recht auf „Selbstermächtigung“. Israel kann einen anderen Staat nicht einfach angreifen, weil es sich von ihm bedroht fühlt.

Mit dem Ende des Kalten Krieges begann der westliche Imperialismus unter der Führung der USA seinen politischen Vorteil zu nutzen, um seine weltweite Vorherrschaft zu festigen. Russland sollte auf Dauer geschwächt und nach Möglichkeit aufgespalten werden. Dahinter stand dasselbe Konzept, welches bei den Bürgerkriegen im ehemaligen Jugoslawien vom Westen verfolgt wurde. Der Aufstieg Chinas

sollte verhindert werden. In diesem Zusammenhang bekam der Nahe Osten eine zentrale Bedeutung. Die USA planten spätestens ab den 1990er-Jahren die Kontrolle über den Nahen Osten vollständig zurückzuerobern.



Israel bekam dabei die Funktion einer vom Westen finanzierten und ausgerüsteten Söldnerarmee. Staaten, welche dem Machtanspruch entgegenstanden, wurden aus dem Weg geräumt: Irak, Libyen und Syrien. Der letzte relevante Gegner ist der Iran. Um ihn zu bekämpfen, mussten der Libanon und Gaza

mit Krieg überzogen werden. Die Hisbollah und die Hamas mussten vor einem Waffengang mit Israel geschwächt werden. Die Interessen der reaktionären israelischen Regierung und des Westens ergänzen sich. Der zionistische Plan von Großisrael und die Vorherrschaft des westlichen Imperialismus im Nahen Osten sind zwei Seiten derselben Medaille. Die vermeintliche iranische Atombombe ist ein Vorwand. Dazu passt folgende Nachricht: Die Direktorin des Zusammenschlusses aller US-Geheimdienste (DNI), Tulsi Gabbard, hatte bei einer Anhö-

rung im US-Senat am 25. März 2025 öffentlich erklärt, dass laut übereinstimmender Einschätzung aller 18 US-Geheimdienste Iran nicht an einer Atombombe baue.

Hunderttausende Opfer nimmt der „Wertewesten“ als „Kollateralschaden“ in Kauf.

Henning Mächerle

# Die Krise des Kapitalismus am Beispiel der Türkei

Im März 2025 erschütterten Massenproteste die Türkei. Millionen beteiligten sich daran. Auslöser des Aufruhrs war die Verhaftung von Ekrem İmamoğlu, dem Bürgermeister von Istanbul (Republikanische Volkspartei (CHP)). Die bürgerliche Demokratie in der Türkei war immer äußerst instabil. Das politische System pendelte zwischen Demokratie und Militärdiktatur. Die herrschende Klasse benutzte den Nationalismus als Bindemittel für die Massen. Wo dies nicht genügte, putschte das Militär. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die Türkei in

einem bisher nicht dagewesenen Ausmaß in die kapitalistische Weltwirtschaft integriert. Damit verbunden war auch die Veränderung der türkischen herrschenden Klasse und des Proletariats. Noch in den 1980er-Jahren war die türkische Bourgeoisie säkular orientiert und vor allem politisch an die USA und ökonomisch an die Europäische Gemeinschaft (EG) gebunden. Das Militär war der verlängerte Arm Washingtons. Die Ökonomie war schon Teil der Weltwirtschaft. Aber der Binnenmarkt und die Landwirtschaft spielten noch eine wichtige Rolle.

Die Bourgeoisie begann sich nach dem Ende des Kalten Krieges unter der ideologischen Flagge des Islam, von den USA und der EG zu emanzipieren. Ein Teil blieb der „Westbindung“ treu. Für den „islamischen“ Teil der Bourgeoisie steht politisch die AKP und für den „westlichen“ Teil der herrschenden Klasse steht die CHP. Die zunehmende Proletarisierung (Anteil der Lohnarbeiter: 2024: 70 % gegenüber 48% im Jahr 2000) liefert billige Arbeitskräfte für das internationale und nationale Kapital. Die Türkei ist ein von heftigen Klassengegensätzen zerrissenes Land. Die Unruhen vom März sind ein Ausdruck davon. Die Diktatur der kapitalistischen Oligarchie über Wirtschaft und Gesellschaft führt auch zu einer politischen Diktatur. Erdogan ist die politische Symbolfigur für diese Lage. Was fehlt, ist eine revolutionäre Linke, welche die vorhandene soziale Krise in eine sozialistische Richtung lenken könnte.

Henning Mächerle



## KI im Kapitalismus

Der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) ist in aller Munde und tatsächlich durchdringt die Technologie immer weitere Teile unserer Gesellschaft. Die BRD verfolgt seit 2018 eine Strategie zur Forschung und Entwicklung im Bereich der KI, um Deutschland und Europa führend „in einer Welt *powered by AI* zu machen. Aktuell führen jedoch China und die USA die Technologie an. Wie bei anderen bahnbrechenden technologischen Neuerungen eröffnet auch der Einsatz von KI enorme Möglichkeiten zum Ersetzen menschlicher Arbeitskraft. Im Gegensatz zur Dampfmaschine wird hierbei jedoch nicht die körperliche, sondern geistige Arbeit ersetzt. Je nach Einsatzgebiet ist die KI dabei um ein Vielfaches effizienter als das menschliche Gehirn.

Künstliche Intelligenz birgt also das Potenzial das Leben enorm zu vereinfachen, vorausgesetzt sie wird zum Wohle aller eingesetzt. Im Kapitalismus wird dies jedoch nicht der Fall sein. Die gewonnene Produktivität wird von den Kapitalisten dazu genutzt werden, ihre Profitraten zu steigern, indem sie sich der

nicht mehr benötigten menschlichen Arbeitskraft entledigen. Darüber hinaus ist KI ein mächtiges Werkzeug in den Händen der Herrschenden bei Repression und Kriegsführung. So setzten unter anderem die israelischen Streitkräfte bereits KI ein, um aus geheimdienstlichen Informationen eine Auswahl militärischer Ziele zu generieren. Im Bereich der Repression löst KI ein klassisches Problem der Überwachung: Für die Auswertung gesammelter Daten musste man einen hohen Aufwand betreiben. Teilweise war es den Behörden sogar unmöglich, die Unmenge gesammelter Daten zu analysieren. Die Rückkehr zur Vorratsdatenspeicherung in Deutschland wird mit Sicherheit nicht zufällig mit diesem technologischen Durchbruch zusammenfallen.

Aktuelle KI-Modelle basieren in der

Regel auf einer gigantischen Infrastruktur, die sich in privater Hand oder unter staatlicher Kontrolle befindet. Eine unabhängige Nutzung ist also nicht möglich. Wir als DKP stehen für eine Gesellschaft, in der menschlicher Fortschritt zugunsten aller eingesetzt wird und nicht gegen die Interessen der Mehrheit.

MLa





## Termine

Fragen oder Anmeldungen an [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)

**Di. 8.7. um 18 Uhr:**  
Lesekreis bei Henning

**Mi. 23.7.:**  
Redaktionsschluss Aug.-Echo

**Do. 24.7. um 19 Uhr:**  
Gruppenabend DKP Gießen –  
Ort bitte erfragen

**Fr. 25.7. ab 19 Uhr:**  
Stammtisch DKP GI,  
Chamäleon, Reichensand 9

**Di. 5.8. um 19 Uhr:**  
Die Atombombe – Wo kommt sie  
her, wie wirkt sie und wie kann  
man sie verhindern? – Vortrag  
mit anschließender Diskussion  
mit Gernot Linhart, Büchergilde,  
Wetzsteinstr. 4, Gießen

**Mi. 6.8. um 17:30 Uhr:**  
Mahnwache – Atombomben-  
abwurf vor 80 Jahren auf Hiro-  
shima, Hiroshimaplatz (Katha-  
rinengasse)

**Sa. 9.8. ab 10:45 Uhr:**  
Demonstration – Atombomben-  
abwurf vor 80 Jahren auf Naga-  
saki, Die-In, Marktplatz vor SWG

**Sa. 16.8. ab 15 Uhr:**  
Sommerfest der DKP Gießen

## Gießener Echo

**Hrsg.:** Kreisorganisation der DKP  
Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart,  
erscheint monatlich.

**Bezugsgebühren:** 30 Euro im  
Jahr (inkl. Versandkosten).

**Konto:** IBAN:  
DE72 5135 0025 0200 5491 46

**Namentlich gezeichnete Artikel  
geben nicht unbedingt die Mei-  
nung des Redaktionskollektivs  
des Gießener Echos wieder.**

**Rückmeldungen + Leserbriefe  
an:** Gießener Echo / DKP Gießen  
Postfach 110340, 35348 Gießen  
oder E-Mail: [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)  
Internet: [www.giessen.dkp.de](http://www.giessen.dkp.de)

## Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** kürzte die hessische Landesregierung Planstellen für Angestellte und Beamte. In Gießen waren vor allem Schulen und die Universität einschließlich des Klinikums betroffen. Für Schulen wurde ein Richtwert von 32 Schülern pro Klasse eingeführt. Einige Klassenverbände wurden aufgelöst, die Schüler auf andere Klassen verteilt. An der Universität und am Uniklinikum gab es Stellenbesetzungssperren.



Vor **40 Jahren** wurde die Maschinenfabrik Heyligenstaedt, genannt Heyco, von der Eigentümerfamilie Rinn an einen südkoreanischen Konzern verkauft. Dieser gehörte der damals bekannten und berühmten Mun-Sekte. Deren Führer war ein fanatischer Antikommunist und Antidemokrat, der von seinen Anhängern unbedingten Gehorsam verlangte. Zweck des Ankaufes war vor allem Technologietransfer, der Betrieb wurde abgewirtschaftet.



Vor **30 Jahren** ging Heyco in die Insolvenz. Der Konkursverwalter wickelte den Betrieb ab, übrig blieb

eine Firma für Spezialmaschinen mit etwa 50 Beschäftigten.



Vor **20 Jahren** zeigte sich, dass die Einführung von Hartz-IV ein großer Rückschritt für viele Menschen mit niedrigem Einkommen war. Im Vorjahr gestellte Beihilfeanträge für notwendige Anschaffungen wurden von den Sozialämtern nicht mehr bearbeitet. Den Gießen-Pass bekamen nur noch Hartz-IV-Bezieher. Davor waren alle berechtigt, deren Einkommen, egal welcher Art, den Sozialhilfesatz um weniger als 30% überstieg.



Vor **10 Jahren** gab es den ersten größeren Warnstreik am zehn Jahre zuvor privatisierten Uniklinikum. Die Beschäftigten protestierten gegen Tarifregelungen, die schlechter waren als die für den Öffentlichen Dienst und gegen die ständig steigende Arbeitsbelastung. Von da an hat die Gewerkschaft ver.di gemeinsam mit der Belegschaft immer wieder Warn- und Erzwingungsstreiks gegen den profitorientierten Betreiber Rhön AG organisiert.



**Für einen Hessentag ohne Militär – Keine Waffenschau beim Hessentag!  
Keine Kinder auf Panzern und Kampffjets! Ein Hessentag für Frieden und  
Völkerverständigung!** Unter diesem Motto zogen am 14.6. über 300 Demon-  
stranten über den Hessentag in Bad Vilbel.

**Mach mit! Werde Mitglied in der **DKP** oder **SDAJ****